Europapolitischer Impuls aus Nordrhein-Westfalen

Beschluss

Brüssel, 2. Juli 2025

- 1 1. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ist das Fun-
2 dament für Wohlstand, soziale Sicherheit, gesellschaftliche Stabilität, eine erfolg-
3 reiche Transformation hin zur Klimaneutralität und die strategische Souveränität
4 der Europäischen Union. Nur eine wirtschaftlich starke Europäische Union ist in
5 der Lage, ihre Stellung im weltweiten politischen und wirtschaftlichen Machtgefüge
6 zu sichern. Die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit muss daher eine Top-Pri-
7 orität der politischen Agenda aller EU-Institutionen sein.
- 8 2. In der jüngsten Vergangenheit ist der Wirtschaftsstandort Europa immer stärker
9 unter Druck geraten: Im internationalen Vergleich hohe Energiepreise, hoher Re-
10 gulierungsaufwand, zunehmende Handelshemmnisse und geopolitische Span-
11 nungen belasten ihn schwer und gefährden seine Stellung im globalen Wettbe-
12 werb. Nordrhein-Westfalen als sechstgrößte Volkswirtschaft der Europäischen
13 Union mit seinen Grundstoffindustrien und energieintensiven Unternehmen ist
14 hiervon besonders betroffen. Die Europäische Union muss zügig und entschlos-
15 sen handeln, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirt-
16 schaft zu stärken, die zukunftsfähige Ausrichtung des Standorts Europa zu ermög-
17 lichen und so industrielle Wertschöpfung und Wohlstand in Europa zu sichern.
- 18 3. Handelspolitische Abschottung und protektionistische Maßnahmen – wie etwa die
19 jüngsten US-Zollerhöhungen mit Auswirkungen auf europäische Industriepro-
20 dukte und Belastungen für den Binnenmarkt durch Umlenkungseffekte – untergra-
21 ben das Fundament des freien Welthandels. Zölle schränken internationale Lie-
22 ferketten ein, hemmen Innovationen, verteuern Produkte und vernichten Wachs-
23 tum und Wohlstand – weltweit. Die Europäische Union muss sich diesen Entwick-
24 lungen entschieden entgegenstellen, das regelbasierte Welthandelssystem aktiv
25 verteidigen und sich mit Nachdruck für den Abschluss moderner und ambitionier-
26 ter Freihandelsabkommen mit strategischen Partnern einsetzen.

27 4. Die Initiatorinnen und Initiatoren dieses Impulses begrüßen vor diesem Hinter-
28 grund, dass die Europäische Kommission die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit
29 der Europäischen Union insbesondere mit dem *Clean Industrial Deal* und dem
30 *Kompass für eine wettbewerbsfähige EU* in das Zentrum der derzeitigen Amtszeit
31 rückt. Um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft nachhaltig zu
32 stärken, sind aus Sicht der Beteiligten dabei insbesondere folgende Maßnahmen
33 von besonderer Relevanz:

34 a. Die Vollendung des Europäischen Binnenmarkts in allen Bereichen muss
35 zu einem zentralen Projekt der EU werden. Nur so können wir den Binnen-
36 markt und seine Potenziale als Fundament von Wachstum, Beschäftigung
37 und Wohlstand endlich voll nutzen. Gerade für die nordrhein-westfälische
38 Wirtschaft mit ihren engen Verflechtungen zu den EU-Partnern eröffnen
39 sich dadurch viele Chancen. Die Initiatorinnen und Initiatoren begrüßen die
40 neue EU-Binnenmarktstrategie. Wichtig ist, dass die vorgeschlagenen
41 Maßnahmen zeitnah realisiert werden. Die EU muss den europäischen
42 Energiebinnenmarkt weiter vorantreiben und die dafür notwendige Infra-
43 struktur unterschiedlicher Energieträger eng miteinander verzahnen. Vo-
44 rangetrieben werden muss auch ein gemeinsamer Binnenmarkt für Daten
45 mit einheitlichen Standards, der Unternehmen im digitalen Wandel unter-
46 stützt. Wir blicken der Strategie für eine europäische Datenunion erwar-
47 tungsvoll entgegen. Die Komplexität bei der Arbeitsmobilität muss reduziert
48 und Flexibilität ermöglicht werden. Auch die Kapitalmarktunion muss gezielt
49 weiterentwickelt werden, um Unternehmen, darunter auch KMU und Start-
50 Ups/Mid-Caps, den Zugang zu den notwendigen Finanzmitteln zu erleich-
51 tern. Wie im Kompass für wettbewerbsfähige EU und dem Clean Industrial
52 Deal angelegt, muss zudem das europäische Vergaberecht stark vereinfacht
53 werden.

54 b. Gerade Nordrhein-Westfalen als bedeutendes Zentrum der energieintensi-
55 ven Industrie in Europa ist auf eine verlässliche und wettbewerbsfähige
56 Energieversorgung angewiesen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu
57 können. Die Europäische Union muss ihren Beitrag zu international wett-
58 bewerbsfähigen Strompreisen leisten und der Schaffung eines kosteneffi-
59 zienten, versorgungssicheren und zukunftsfesten Strommarkts Priorität

60 einräumen. Der Ausbau erneuerbarer Energien, der Hochlauf einer heimi-
61 schen Wasserstoffwirtschaft und -produktion, dem Aufbau von Infrastrukturu-
62 ren für den Import von Wasserstoff und dessen Derivaten, die Schaffung
63 gesicherter Leistung sowie der Ausbau entsprechender Energiepartner-
64 schaften und der Aufbau einer leistungsfähigen Speicher- und Netzinfra-
65 struktur müssen in der Europäischen Union mit Nachdruck und unter bes-
66 serer Ausschöpfung der Potenziale des europäischen Binnenmarktes vo-
67 rangetrieben werden. Insbesondere beim Auf- und Ausbau transeuropäi-
68 scher Transportnetze für Strom und Gas/Wasserstoff bedarf es einer ver-
69 stärkten Kooperation und Koordination zwischen den Mitgliedstaaten. Die
70 Europäische Union muss zudem den Aufbau einer grenzüberschreitenden,
71 europäischen CO₂-Transport- und Speicherinfrastruktur für die Nutzung
72 und Speicherung von CO₂ strategisch vorantreiben.

73 c. Der Klimaschutzpolitik der Europäischen Union – insbesondere der Euro-
74 pean Green Deal – kommt bislang noch nicht die erhoffte internationale
75 Vorbildwirkung zu. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Effektivität der
76 Instrumente erhöht, die Kosten reduziert und die Auswirkungen auf die
77 Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen berücksichtigt werden. Wie im
78 Draghi-Bericht vorgeschlagen gehört dazu eine Überarbeitung einzelner In-
79 strumente, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und Kosten zu
80 senken. Ein Beispiel dafür ist die Ausgestaltung der Beimischungsquoten
81 für nachhaltige Kraftstoffe im Luftverkehr (RefuelEU). Insgesamt darf Kli-
82 maschutz weder mit der Schwächung von relevanten Wirtschaftssektoren
83 noch mit Carbon Leakage einhergehen.

84 d. In seiner aktuellen Ausgestaltung ist der Carbon-Leakage-Schutz durch
85 den CBAM unvollständig und ineffektiv und belastet die Wettbewerbsfähig-
86 keit der exportorientierten nordrhein-westfälischen Unternehmen. CBAM
87 muss so nachgebessert werden, dass die Umsetzung weniger komplex,
88 Umgehungstatbestände adressiert, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer
89 Exporte gewahrt und wertvolle industrielle Wertschöpfungsketten innerhalb
90 der EU durch die Aufnahme nachgelagerter Industrieprodukte in den An-
91 wendungsbereich des CBAM geschützt werden, wobei zugleich eine alter-
92 native Lösung für indirekte Zollvertreter gefunden werden muss. Bis dies
93 gewährleistet ist, sollte das bewährte System der kostenfreien Zuteilungen

94 aus dem EU-Emissionshandel (EU-ETS) erhalten bleiben. Die Ankündigun-
95 gen aus dem Aktionsplan für Stahl und Metalle sowie der erfolgreiche Ab-
96 schluss des Gesetzgebungsverfahrens zur Vereinfachung und Stärkung
97 des CO₂-Grenzausgleichssystems sind ein guter Anfang für Verbesserun-
98 gen von CBAM. Die Europäische Kommission muss die nächste Revision
99 der Richtlinien zum EU-Emissionshandel (EU-ETS) und weiterer Vorschrif-
100 ten nutzen, um im engen Dialog mit der Wirtschaft die Komplexität zu redu-
101 zieren und Planungssicherheit zu gewährleisten. Nur mit einem realisti-
102 schen und kohärenten Gesamtrahmen einer zukunftssicheren Emissions-
103 bepreisung können die Unternehmen die derzeit enormen Herausforderun-
104 gen meistern und ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern. Auch im EU-ETS gilt
105 es besonders jene Sektoren zu schützen, für die der Emissionshandel eine
106 Verzerrung im internationalen Wettbewerb darstellt.

- 107 e. Darüber hinaus bedarf es der Schaffung weiterer marktwirtschaftlicher An-
108 reize für private Investitionen in Klimaschutzinstrumente und Innovations-
109 zentren sowie die Schaffung eines flexibleren Beihilferahmens, der die Pri-
110 oritäten europäischer Politik flankiert. Im Zuge der weiteren Reformen des
111 EU-Beihilferechts müssen den Mitgliedstaaten dafür größere Handlungss-
112 pielräume gegeben werden; dazu gehört, funktionierende Instrumente,
113 wie die Strompreiskompensation, in ihrem Anwendungsbereich auszuwei-
114 ten. Mit dem Rahmen für staatliche Beihilfen für den Deal für eine saubere
115 Industrie (CISAF) hat die Europäischen Kommission einen wichtigen ersten
116 Schritt unternommen. Daneben müssen insbesondere auch die wichtigen
117 Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) auf neue wei-
118 tere Zukunftstechnologien ausgeweitet werden, um neue Wachstumsmärkte
119 zu erschließen, und die Plattform für strategische Technologien für
120 Europa (STEP) effektiver genutzt werden. Für die volle Ausnutzung des
121 Potentials von STEP ist die Flankierung durch passende beihilferechtliche
122 Regelungen erforderlich. Zudem sollte der EU-Innovationsfonds als wichti-
123 ges Finanzierungsinstrument für industrielle Dekarbonisierung über das
124 Jahr 2030 hinaus fortgeführt und substanziell ausgebaut werden.
- 125 f. Der Kohäsionspolitik kommt auf dem Weg zu einer Stärkung der Wettbe-
126 werbsfähigkeit eine Schlüsselrolle zu. Sie ist ein zentrales Instrument für
127 ortsbasierte Investitionen in Wachstum, Beschäftigung und Innovationen.

128 Die Initiatorinnen und Initiatoren sprechen sich für eine Fortführung der Ko-
129 häsionspolitik als langfristig angelegte Investitionspolitik der Europäischen
130 Union über das Jahr 2027 hinaus aus. Sie muss allen Regionen entspre-
131 chend ihren strukturellen Entwicklungen und Bedürfnissen auf der Basis
132 spezifischer Fondsstrukturen zugänglich sein. Der Erfolg einer begleiten-
133 den und vorausschauenden Kohäsionspolitik kann angesichts einer geteil-
134 ten Mittelverantwortung nicht bloß an strategischen Zielsetzungen der EU
135 gemessen werden, die auf die nationale Ebene heruntergebrochen werden.

136 g. Um die Weiterentwicklung und Umsetzung von KI-Technologien für die In-
137 dustrie und den Dienstleistungssektor weiter vorantreiben zu können, müs-
138 sen auf europäischer Ebene die richtigen Weichen gestellt werden – insbe-
139 sondere im Bereich der Regulierung. Die Umsetzung des AI-Act muss so
140 ausgestaltet werden, dass er keine innovationshemmende Wirkung entfaltet
141 und keine unüberwindbaren rechtliche Hürden bei KI-Anwendungen, vor
142 allem im Mittelstand, verursacht.

143 h. Europa und Deutschland sind heute bei großen Sprachmodellen und Re-
144 chenkapazitäten stark von ausländischen Anbietern abhängig. Vor diesem
145 Hintergrund wird der Aktionsplan „KI-Kontinent“ der Europäischen Kommis-
146 sion, mit dem Europas Weg an die Spitze der globalen KI darlegt wird, aus-
147 drücklich begrüßt. Als erster grundsätzlicher Schritt wird dort der Ausbau
148 von Recheninfrastrukturen in Europa genannt. Im Aufbau befindliche euro-
149 päische KI-Fabriken an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirt-
150 schaft sowie die geplanten AI Gigafactories als vorrangig wirtschaftlich ori-
151 entierte, großskalige Recheninfrastrukturen werden wesentliche Bausteine
152 der europäischen Digitalen Souveränität sein.

153 i. Die Initiatorinnen und Initiatoren begrüßen, dass eine der vier bzw. fünf eu-
154 ropäischen AI-Gigafactories in Deutschland angesiedelt werden soll. Das
155 Rheinische Revier als aufstrebender Rechenzentrum-Standort eignet sich
156 hierfür hervorragend. Die hier vorhandene Kombination von Standortfakto-
157 ren: Flächen- und Energieverfügbarkeit (darunter erneuerbare Energien),
158 Forschungslandschaft und Supercomputing-Kompetenz, wirtschaftliche
159 Verflechtungen sowie die Nähe zu potenziellen Nutzern im Benelux-Raum

160 bieten optimale Voraussetzungen für ein europäisches Großprojekt der di-
161 gitalen Infrastruktur, wie die AI-Gigafactory. Die Initiatorinnen und Initiato-
162 ren unterstützen daher eine AI-Gigafactory-Bewerbung am Standort Nord-
163 rhein-Westfalen.

- 164 j. Die jüngsten geopolitischen Krisen und Spannungen haben eindrücklich
165 gezeigt, dass die Europäische Union die Resilienz ihrer Wertschöpfungs-
166 und Lieferketten stärken muss, um eine stabile Versorgung der europäi-
167 schen Wirtschaft mit Energie, Rohstoffen und strategisch wichtigen Tech-
168 nologien zu gewährleisten. Aus Sicht der Initiatorinnen und Initiatoren ist
169 der gezielte Ausbau weltweiter Partnerschaften durch den Abschluss neuer
170 Freihandels- und Rohstoffabkommen mit Drittstaaten unerlässlich, um ein-
171 seitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Ihren Grundwerten entsprechend
172 sollte die EU daher grundsätzlich für offene Märkte eintreten. Gleichzeitig
173 muss die Europäische Kommission dabei EU-Interessen wahren, die euro-
174 päische Wirtschaft vor unlauteren Handelspraktiken schützen, vergleich-
175 bare Marktinteressen gewährleisten und Mechanismen zur Durchsetzung
176 dieser Standards stärken.
- 177 k. Um Abhängigkeiten zu verringern und den Wandel hin zu einer nachhalti-
178 gen Wirtschaftsweise zu fördern, müssen auch der Aufbau einer Kreislauf-
179 wirtschaft und die Etablierung einer europaweiten Bioökonomie gezielt vo-
180 rangetrieben werden. Die Initiatorinnen und Initiatoren begrüßen es daher
181 ausdrücklich, dass die Europäische Kommission kürzlich die öffentliche
182 Konsultation zur Überarbeitung der EU-Bioökonomie-Strategie eingeleitet
183 hat und für das Jahr 2026 die Verabschiedung eines *Circular Economy Act*
184 und eines *Biotech Acts* angekündigt hat. Unternehmen benötigen einen kla-
185 ren Rahmen, in dem sie Kreislaufstrategien als Geschäftsmodelle in einem
186 freien EU-Binnenmarkt entwickeln und umsetzen können.
- 187 l. Die zunehmende Regulierungsdichte in der Europäischen Union hat sich
188 zu einer massiven Belastung für die Wirtschaft entwickelt und trifft dabei
189 nicht nur Großunternehmen, sondern in besonderem Maße auch kleine und
190 mittelständische Unternehmen, die ein wesentlicher Bestandteil der nord-
191 rhein-westfälischen Wirtschaftsstruktur sind. Überbordende Regularien
192 binden wertvolle unternehmerische Ressourcen, hemmen Innovationen

193 und schwächen damit die Wettbewerbsfähigkeit. Auf europäischer Ebene
194 muss eine umfassende Kurskorrektur dringend entlasten, vereinfachen und
195 am Ende dieses Prozesses für mehr Rechtssicherheit sorgen:

- 196 • Die Initiatorinnen und Initiatoren begrüßen die Absicht der EU-Kommis-
197 sion, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen um mindestens 25 %
198 und für KMU um mindestens 35 % zu verringern. Diese Ziele müssen
199 durch konkrete legislative Maßnahmen unterlegt werden, die schnell in
200 der betrieblichen Praxis ankommen. Die Vorschläge im Omnibus-I-Pa-
201 ket zur Nachhaltigkeitsgesetzgebung (CSRD, CSDDD, EU-Taxonomie
202 und zum CBAM) sind dafür eine gute erste Grundlage. Die nun vorge-
203 legten Veränderungen müssen zeitnah, vollumfänglich und praxisge-
204 recht verabschiedet und europaweit umgesetzt werden. Weiterge-
205 hende Entlastungsoffensiven müssen sich anschließen, beispielsweise
206 bei der EU-Taxonomie, um eine nachhaltige Entlastung zu erreichen
207 und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Daher unterstützen die Initi-
208 atorinnen und Initiatoren die weiteren bereits veröffentlichten und an-
209 gekündigten Omnibus-Pakete der Europäischen Kommission. Die EU
210 braucht einen Paradigmenwechsel, weg von kleinteiliger Regulierung,
211 sowie und komplizierten Berichts- und Dokumentationspflichten (wie
212 etwa im Fall der Europäischen Methanverordnung). Dies gilt insbeson-
213 dere auch für zahlreiche sozialpolitische Vorhaben der EU. Auch sozi-
214 alpolitische EU-Gesetzgebung gehört daher im Rahmen eines Omni-
215 bus-Pakets einem Stresstest unterzogen.
- 216 • Um die Belastungen für die Unternehmen zu senken, müssen beste-
217 hende und neu einzuführende Regulierungen auf ihre Auswirkungen auf
218 die Wettbewerbsfähigkeit hin überprüft werden und, sofern erforderlich,
219 angepasst oder gestrichen werden. So bedarf es insbesondere einer
220 Chemikalienpolitik mit Augenmaß. Denn die Ausgestaltung chemikalien-
221 politischer Maßnahmen und die Revision der REACH-Verordnung sind
222 nicht nur für die chemische Industrie, sondern für die gesamte Industrie
223 einschließlich der Anwenderbranchen von hoher Relevanz. Die Auswir-
224 kungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und mögliche Anpas-
225 sungen sind auch bei der Industrieemissionsrichtlinie und Kommunalab-

226 wasserrichtlinie zu prüfen. Zudem müssen für eine verbesserte Recht-
227 setzung vor allem das One-in-One-out-Prinzip sowie die Ankündigungen
228 der Mitteilung über die Umsetzung und Vereinfachung für ein einfache-
229 res und schnelleres Europa aus Februar 2025 konsequent umgesetzt
230 werden. So sollten vermehrt Realitätschecks („reality checks“) durchge-
231 führt werden, um die Anwendendenperspektive stärker zu berücksichti-
232 gen. Insgesamt müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren (ins-
233 besondere im Umweltrecht) massiv und entschlossen beschleunigt wer-
234 den.

235 m. Der Mittelstand ist gerade in Nordrhein-Westfalen ein wesentliches Rück-
236 grat des wirtschaftlichen Erfolgs. Allerdings wird er von der EU-Regulierung
237 besonders belastet. An zu vielen Stellen bleiben seine Belange bisher un-
238 berücksichtigt. Wichtig ist daher, dass sich die EU-Politik einen klaren mit-
239 telstandsfreundlichen Kompass gibt.

240 Die Initiatorinnen und Initiatoren begrüßen das Omnibus-IV-Paket. Insbe-
241 sondere die dort vorgesehene, neue, erweiterte Definition für Small Mid-
242 Cap (SMC) Unternehmen ist richtig. Jedoch sollten SMC-Unternehmen
243 auch beihilferechtlich umfassend privilegiert werden, z.B. im Rahmen der
244 Novellierung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung. Auch die
245 weiteren Vorschläge zur Entlastung des Mittelstands etwa in der Daten-
246 schutz-Grundverordnung oder der Batterieverordnung sind Schritte in die
247 richtige Richtung. Diese Vorschläge müssen nun zügig verabschiedet wer-
248 den und schnell in der betrieblichen Praxis ankommen.

249 Zudem sind weitere Schritte für einen umfassenden mittelstandsfreundli-
250 chen Kompass nötig, etwa verbindliche KMU-Tests im Rahmen der Folgen-
251 abschätzung und wirksame Kontrollen eines starken Mittelstandsbeauftrag-
252 ten. Auch müssen Finanzierungsmöglichkeiten erleichtert und die Innovati-
253 onsförderung anwendungsfreundlicher werden. Auch in diesem Zusam-
254 menhang sind die Ankündigungen der Mitteilung über die Umsetzung und
255 Vereinfachung für ein einfacheres und schnelleres Europa aus Februar
256 2025 – z.B. zur Prüfung der Auswirkungen auf KMU und Wettbewerbsfä-
257 higkeit – wichtige erste Schritte.